

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 12.

Duisburg, den 24. März 1917.

18. Jahrgang.

Schicksalsfragen.

Es gibt im Menschenleben Augenblicke, wo eine Willensentscheidung die ganze Zukunft bestimmt. Im Bitterleben ist es ähnlich. Auch hier hängt oft die Zukunft auf lange Zeit ab von richtigen oder falschen Maßnahmen in einem entscheidungsvollen Augenblick. Ein solcher zukunftsabhängiger Moment ist gegeben in den kommenden Friedensverhandlungen, wenn der Endschlag an unsere Fahnen sich geheftet hat. Dann müssen wir die Zukunft, die deutsche Zukunft schmieden. Verpassen wir diese Gelegenheit, so ist sie dahin, verloren für immer.

Wir wissen alle, was der Feind mit uns vorhatte. Der Vernichtung unseres wirtschaftlichen Seins, vor allem unserer Industrie galt und gilt sein Wille. Nicht zuletzt sollte die deutsche Eisenindustrie daran, dieser Grundpfeiler unseres ganzen Industrielebens. In ohnmächtiger Wut plante England die Vernichtung dieses jungkräftigen Konkurrenten durch den Krieg. Die deutschen Hüttenwerke sollten dem Erdboden gleichgemacht werden, das war der im „Engineer“ veröffentlichte Plan der Engländer. Damit aber auch in Zukunft niemals mehr die deutsche Eisenindustrie sich erholen konnte, wollte Frankreich die deutschen Erzlagerstätten nebst der an sie anschließenden Industrie einfach wegnehmen. Zerstörung der Hütten — Wegnahme der Rohmaterialien: sicherlich ein ebenso einfacher wie radikaler Weg, um die blühendste deutsche Industrie zu vernichten und ungezählte Arbeitermassen zusammen mit ihren Angehörigen dem Hunger und dem bittersten Elend preiszugeben.

Nun ist es, dank dem vergossenen Blute so vieler Streiter, anders gekommen. Die Bedrohung unserer Eisen- und Stahlindustrie wurde gleich in den ersten Kriegstagen beseitigt und umgekehrt kam das Zentrum der Erzgewinnung in deutsche Hand: das Eisenerzgebiet von Longwy-Briey.

Als man 1871 über die Friedensbedingungen verhandelte, da war die Bedeutung dieses Gebietes für die Erzgewinnung noch nicht bekannt. Man glaubte, daß nur der in Deutsch-Lothringen gelegene Erzbezirk abbaubar sei, während die Wissenschaft damals annahm, daß die Lager von Briey nur in sehr beschränktem Umfang der Produktion dienen könnten. So legte man auf diesen Streifen bei den Friedensverhandlungen kein sonderliches Gewicht.

Später erst trat die Bedeutung dieser Gegend hervor. Das Erzgebiet von Longwy-Briey ist ein Teil des sog. Lothringischen Minettegebietes. Vor dem Kriege teilten sich in dies Gebiet Deutschland, Luxemburg und Frankreich. In ganz Europa gibt es kein Gebiet mehr, das einen solchen Reichtum an Eisenerz enthält, wie das (gesamte) Minettegebiet.

Der Erzvorrat dieses Gebietes wird verschieden geschätzt. Nach einer französischen Berechnung beträgt der Erzvorrat im französischen Teil von Lothringen 2,5 Milliarden Tonnen, der auf deutschem Gebiet 1,1 Milliarden Tonnen und jener auf luxemburgischem Gebiet 0,3 Milliarden Tonnen. Es mag dazu bemerkt sein, daß diese Schätzung für Deutsch-Lothringen zu niedrig ist. Die deutschen Schätzungen bewegen sich um 2000 Millionen Tonnen. Wie dem auch sein mag: das eine steht fest, daß das auf französischem Gebiete direkt an der Reichsgrenze ruhende Erzvorkommen größer ist, als das auf deutscher Seite liegende. Dazu tritt weiter ein anderer sehr wichtiger Umstand. Der Erzgehalt auf dem Gebiete des Goldbergens — Deutsch-Lothringen und Luxemburg — beträgt nur 30—32 Prozent, im Becken von Briey-Longwy dagegen 35—38 Prozent. Auch hier eine wesentliche Überlegenheit. Ferner wächst die Mächtigkeit der Lager, je weiter man nach Westen kommt, nur liegen diese Lager tiefer, als im Osten des großen Erzgebietes. Der Aufschwung dieses Erzgebietes ist noch sehr jung, aber rapide. Die Erzgewinnung betrug in diesem Gebiete nach Dr. Heinemann im Jahre 1900 4,5 Millionen Tonnen, 1907 nahezu 9 Millionen, 1913 über 19 Millionen Tonnen. Die Folge ist, daß naturgemäß auch dementsprechend die Eisen- und Stahlindustrie sich gewaltig in diesem Becken vermehrt. Es mag bemerkt sein, daß die deutschen Hütten- und Hüttenzechen in hervorragendem Maße an diesen französischen Gruben beteiligt sind. Es scheint auch, daß gerade diese Beteiligung den Aufschwung des dortigen Erzbergbaues hervorgerufen hat.

Dieses wichtige Gebiet ist nun durch den Gang des Krieges in unseren Händen. Damit haben wir

ein sehr wichtiges Pfand, das neben vielem anderen zur Schadloshaltung für die vom Feinde uns verursachten Kriegskosten erscheint. Die ganze Bedeutung dieses Pfandes und seiner zukünftigen Zugehörigkeit kann man aber erst verstehen, wenn man die Beziehung zur deutschen Eisenindustrie bedenkt. Deutschland selbst stand in der letzten Zeit in der Weltförderung von Eisenerzen an zweiter Stelle. Allen voran stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Erzeugung aber sehr großen Schwankungen unterworfen ist. (Sie betrug 1907: 53,8, 1908: 34,3, 1911: 42,6 und 1912: 60,4 Millionen Tonnen). Im deutschen Wirtschaftsgebiete betrug die Eisenerzförderung 1913 rund 35 Millionen Tonnen, wovon etwa ein Fünftel auf Luxemburg entfällt. Frankreich hat nur 20 Millionen Tonnen, England 14—15 Millionen, Rußland und Spanien je 8 Millionen Tonnen.

Obwohl nun Deutschland (auch ohne Luxemburg) die zweitgrößte Eisenerzgewinnung der Welt aufweist, reicht dennoch diese Masse nicht hin. Im Jahre 1913 wurden nämlich in das Zollgebiet eingeführt 14 Millionen Tonnen, ausgedehnt dagegen nur 2,6 Millionen. Der Verbrauch des deutschen Wirtschaftsgebietes beziffert sich also demnach auf volle 46,5 Millionen Tonnen. Fünf Jahre vorher (1908) machte dieser Verbrauch erst 29 Millionen Tonnen aus. In diesem riesigen Verbrauch an Eisenerz spiegelt sich der gewaltige Aufschwung unserer Eisenindustrie im weitesten Sinne des Wortes wie überhaupt unseres industriellen Lebens wieder. Aus diesen Ziffern heraus wird es auch begreiflich, daß in der deutschen Ausfuhr die Metallindustrie (als Gesamtindustrie genommen) an der Spitze aller Industrien stand mit einem Wert von über zwei Milliarden Mark.

Soll also diese mächtige Industrie, dieser unentbehrliche Rückhalt unseres Wohlfühlens und unserer ganzen wirtschaftlichen Kraft sich weiter entwickeln können, so muß auch in Zukunft die Beschaffung des nötigen Rohstoffes sicher sein. Das ist eine Schicksalsfrage nicht etwa bloß für die deutschen Unternehmer, nein, für die ganze deutsche Metallindustrie, für die Hunderttausende ihrer Arbeiter und, — da Aufschwung oder Niedergang einer großen Industrie alle andern Industriezweige mitbestimmt, eine Schicksalsfrage für die ganze deutsche Arbeiterwelt.

Nun haben uns die Franzosen schon früher vorgerechnet, wie es mit der Eisenerzgewinnung im Minettegebiet in der Zukunft bestellt sein wird. Die luxemburgischen Lagerstätten, die ja durch die Roheingung zum deutschen Wirtschaftsgebiete gehören, würden danach im Jahre 1920 ihre höchste Förderung mit zehn Millionen Tonnen erreichen, aber schon 1943 ihrer Erschöpfung nahe sein. Die Lager in Deutsch-Lothringen sollen im Jahre 1929 die höchste Ausbeute mit 33 Millionen Tonnen ergeben, dann sehr rasch abfallend im Jahre 1933 erschöpft sein, während die französischen Lagerstätten etwa um 1920 herum gerade so leistungsfähig sein würden wie die deutschen, dann im stetigen Wachstum bleiben bis sie 1973 ihren Höhepunkt mit 35 Millionen Tonnen Jahreserzeugung erreicht hätten und im Jahre 2023 erschöpft wären. Die Berechnung mag für uns ja langweilig sein; doch das ist unzweifelhaft, daß in einigen Jahrzehnten die Erzgewinnung in Lothringen und noch früher in Luxemburg stark zurückgehen wird. Die Produktion dieser Gebiete aber macht etwa 80 Prozent der Gesamterzeugung des Lothringengebietes aus. Was dann, wenn diese Staaten versagen?

Schon vor dem Kriege betrug, trotz unserer gewaltigen Erzförderung die Mehreinfuhr an Eisenerz 11,4 Millionen Tonnen bei einer Gesamteinfuhr von 14 Millionen Tonnen. Davon kamen 1913 aus Schweden 4,6, aus Frankreich 3,8, aus Spanien 3,6, aus Rußland 0,5, aus Algerien und Tunis 0,6 Millionen Tonnen. Also unsere Industrie hat einen weit größeren Bedarf an Eisenerzen, als selbst unsere große Produktion zu bieten vermag. Soll nun unsere Metallindustrie weiter wachsen, soll sie ihre schöne Stellung in der Weltwirtschaft wahren, dann muß die verlässbare Rohstoffmenge noch gesteigert werden. Behält Deutschland das Gebiet von Briey, so hat es seine Erzfrage auf mehr als ein Jahrhundert hinaus gelöst. Wenn nicht, was dann?

Dann muß man eben entsprechend mehr Erz einführen, ist die einfache Antwort. Das würde bedeuten, daß das Wohl und Wehe unserer ganzen Eisenindustrie in immer stärkerem Maße abhängig würde von der Rohstofflieferung des Auslandes.

Will aber das Ausland den so wichtigen Rohstoff auch liefern, wird es ihn liefern?

Das ist der springende Punkt. Und da sind die Aussichten trübe. Zunächst ist es eine Erfahrung und Tatsache, daß die Länder mit starkem Eisenerzvorkommen bestrebt sind, diese Eisenerze auch selbst im eigenen Lande zu verarbeiten. So strebt Schweden diesem Ziele nach und andere Länder machen es ähnlich. Das kann auch gar nicht anders sein. Nach dem Weltkriege wird das Bestreben der einzelnen Völker, ihre Eisenindustrie auszubauen, besonders nachhaltig sein, da allerseits die ungemein große Bedeutung der Eisenindustrie für das Durchhalten im Kriege klar geworden ist. Die Möglichkeit, Eisenerze vom Auslande zu beziehen, droht also in Zukunft schon aus diesem Grunde gerulger zu werden. — Dazu kommt dann noch eine weitere Überlegung.

Unsere Erzimportierte kamte schon 1913 zu gut einem Viertel aus Frankreich. In wenigen Jahrzehnten nähert sich die Erzproduktion Lothringens der Erschöpfung, also wären wir in der Zukunft noch weit mehr auf die Einfuhr aus Frankreich angewiesen. Nun stelle man sich vor, Frankreich käme wieder in den Besitz von Briey, würde es dann wohl die deutsche Industrie speisen mit dem so wichtigen Rohstoff? Das Frankreich, das einen geradezu höllischen Haß gegen Deutschland hegt? Das wird wohl der verrückteste Schwärmer nicht annehmen. Selbst, wenn in den Friedensverhandlungen eine Bestimmung getroffen würde, wonach der französischen Regierung der Erlaß von Ausfuhrverboten und -beschränkungen unterzogen würde, würde das uns gar nichts nützen. Frankreich war schon vor dem Kriege bestrebt, seine eigene Eisenindustrie stark auszuweiten, und seine Erzexporte in immer größerem Maßstabe nach Belgien zu leiten — die Erzexporte Frankreichs nach Belgien betrug 1906 800 000 Tonnen, 1912 aber 4 396 000 Tonnen (nach W. Angeheuer in Schmollers Jhrb. 40. Bd.). Dazu kommt der Plan Frankreichs, einen Kanal zu bauen vom Erzbecken von Briey-Longwy nach den nordfranzösischen Kohlenzentren. Schon damit allein wäre die Ausfuhr von Eisenerz aus Frankreich nach Deutschland unmöglich gemacht. Nun hat zu allem Überflusse die Pariser Wirtschaftskonferenz aller Welt die Absichten unserer Feinde klar gezeigt. Einer der Hauptpunkte bei dem von unseren Feinden beschlossenen Kriege nach dem Kriege ist die Rohstoffsperrung gegenüber Deutschland.

Mit der Ergänzung unseres Erzbedarfes durch Zufuhr aus Frankreich ist es also nicht. Wo aber soll sonst das Eisenerz herkommen? Aus Schweden? Der schwedische Eisenvorrat soll den dritten Teil des lothringischen ausmachen. Das allein sagt schon genug; in Schweden aber ist man bestrebt, unter Benützung von Elektrizität die Verarbeitung zu fördern. Wer weiß, ob das nicht gelingt. Die spanische Zufuhr endlich wird in der Zukunft wahrscheinlich eher zurückgehen als zunehmen. Dabei ist überhaupt daran zu denken, daß die Eisenvorräte der Welt rasch abnehmen. So auch in England. Dadurch wird der Wettbewerb um das Erz immer stärker, und die Länder, welche in großem Maßstabe auf die Einfuhr angewiesen sind, kommen dann in eine höchst bedenkliche Lage. Was würde aus einem Lande, das in einen großen Krieg verwickelt ist und dem es infolge fehlender Zufuhr an diesem wichtigsten Material mangelte? Es müßte den Krieg verlieren.

Wir sehen also: Durch den Krieg haben sich die Dinge gänzlich verschoben. Wenn wir unsere industrielle Zukunft und unsere militärische Kraft sichern wollen, dann müssen wir uns so große Reserven an Eisen im eigenen Lande sichern, daß wir nicht weislich auf die ausländische Zufuhr, auf den guten Willen guter oder überwollender Nachbarn angewiesen sind. Eine eisenerzarme Zukunft könnte zu einer riesigen Bedrohung unserer Arbeiterwelt führen, könnte weiterhin in einigen Jahrzehnten schon den alten Erzfeind Frankreich über auch ein anderes Land zu einem Angriff auf uns veranlassen.

Unsere Feinde haben uns riesige Opfer an Gut und Blut aufgezwungen, indem sie den Krieg über uns brachten und in wahrlichiger Weise fortsetzten. So mühen sie auch die Folgen tragen. Wir haben ein sittliches Recht, die Erhebung dieser Schäden zu fordern. Da die Schäden niemals ganz in Geld bezahlt werden können, so müssen wir auch andere Mittel suchen ins Auge fassen. Zu diesen gehören die Erzlagerböden vor unserer Tür. Sie sollen dem deutschen Volk einen Teil der Kriegsschäden ersetzen. Ihre Saub-

bedeutung wird dann liegen in der Förderung, die unsere heimische Volkswirtschaft und damit unsere Arbeiterschaft davon erfährt. Im Besitze dieses westlichen Teiles des Erzgebietes könnte das deutsche Wirtschaftsgebiet seine Erzförderung verdoppeln und schon damit die amerikanische Förderung erreichen, ja noch übertreffen. Es ist darum nicht zu wenig gesagt, wenn man in diesem Sinne von einer Schicksalsfrage unserer Industrie spricht.

Dr. W.

Aus der Lokomotiv- und Waggonbauindustrie.

Unsere Angaben über die äußerst günstigen Konjunktur- und Gewinn-Verhältnisse der Lokomotiv- und Waggonbauanstalten (Vergleiche Nr. 10 unseres Verbandsorgans vom 10. März ds. Js.) erhielten am gleichen Tage eine Bestätigung durch die zweite Lesung des Eisenbahnbudgets im preussischen Abgeordnetenhaus. Der Berichterstatter Abgeordneter Hirsch (Essen) führte u. a. aus, daß in der Vermehrung des Fuhrparks, der Lokomotiven und Wagen alles geschehen müsse, was nur geschehen könne. „Jede Lokomotive, die heute mehr hergestellt werden kann, ist ein ganz außerordentlich wertvolles Instrument zur Bewältigung der Aufgaben, die noch zu lösen sind.“ Im gleichen Sinne bewegten sich sowohl die Ausführungen der übrigen Diskussionsredner, als auch die Kommissionsverhandlungen, die ebenfalls zu jeglicher „Bewilligung“ bereit waren.

Außerordentlich wertvoll waren jedoch die Ausführungen des Eisenbahnministers von Breitenbach. Danach haben die Lokomotiv- und Waggonbauanstalten ihre Erzeugnisse, die für das ganze Jahr vorgesehen waren, schon in den ersten neun Monaten des Etatsjahres hergestellt. Diese Steigerung und Beschleunigung der Erzeugung habe allein ein Mehr von 369 Millionen Mark zugelegt werden müssen. Wirklich führte der Minister aus: „Als wir die Sommerlieferung im Herbst des vergangenen Jahres vergaben, waren die Preise für Wagen um 40 Prozent, die für Lokomotiven um 25 Prozent gegen früher gestiegen. Vier Monate später, bei Vergabe der Winterlieferung, mußten für Wagen weitere 40 und für Lokomotiven 20 Prozent (Hört, Hört!) gezahlt werden, so daß die Gesamtpreiserhöhung bei Güterwagen 80 und bei Lokomotiven und Personenwagen 51 Prozent ausmacht. Diese Summe von fast einer halben Milliarde stellt wohl die größte Bestellung der ganzen Welt dar. Ich hoffe, daß die Lokomotiv- und Waggonbau-Industrie, wie sie mir zugesagt hat, die so kostbare Bestellung innerhalb des Jahres ausführen kann. Sollte sie noch mehr leisten können, dann wird ihr von hier aus und auch vom Finanzminister aus kein Hindernis bereitet werden (Beifall).“

Ist dieses Bild zu begrüßen, so sollte andererseits auch den in diesen Industrien beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen die Erfüllung der gewaltig hohen Aufgaben durch Gewährung angepasster Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet werden. Da es hieran noch viel fehlt, so ist die Selbsthilfe in der gewerkschaftlichen Organisation notwendig und dazu ist erforderlich die weitere Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelversorgung.

Die Gewerkschaftsverbände aller Richtungen — Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der deutschen Gewerksvereine (G.-D.), Polnische Berufsvereinigung — und die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände haben zwei gemeinsame Eingaben in der Frage der Lebensmittelversorgung an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts am 21. Februar 1917 abgeandt. Die Eingabe an den Reichskanzler verweist auf die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit. Mit wachsender Sorge und Erbitterung würden die Hemmnisse, die einer gerechten Regelung der Ernährung im Wege stehen, verfolgt und die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung müsse den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahe legen. Zur Abstellung der gerügten Mängel werden folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler unterbreitet:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnisse erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnehmen, zu ereignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterverämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Verkehrs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts verweist auf die wachsende Erregung, die sich bei der minderbemittelten Bevölkerung bemerkbar macht. „Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten herausfordert.“ Die Verteilung entbehre der Strenge und gerechten Ordnung und begünstige solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden. Es müsse ausgesprochen werden, daß der Preussische Landwirtschaftsminister als der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß. Gegen die Fortdauer dieser Zustände wird lebhaft Einspruch erhoben und es werden Vorschläge für eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse und für eine gerechte und strenge Durchführung der Verteilung gemacht.

Diese Vorschläge beziehen sich auf alle wichtigen Nahrungsmittel. Bezüglich der Kartoffelversorgung wird vor jeder weiteren Herabsetzung der Kartoffelrationen gewarnt und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energisch Widerspruch erhoben. Die Brotversorgung müsse besser ausgestaltet und dem stärkeren Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus Getreide und Hafer nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Die Obst- und Gemüseversorgung habe unter mangelhafter Organisation und Gewinnabsichten der Erzeuger zu leiden. Die Fleischversorgung fränke in erster Linie an der monopolartigen Stellung der Erzeuger und Fleischhändler in den Viehhandelsverbänden. Die Organisation der Viehhandelsverbände bedürfe einer Neuordnung. Die Fleischpreise, die unerschwinglich seien, müßten herabgesetzt werden. Hinsichtlich der Milchversorgung sei es nicht zu ertragen, daß Kindern und Kranken die Milch verweigert werden muß, während solche auf dem Lande nicht nur reichlicher als sonst verbuttert, sondern auch verflüssigt wird. Strenge Ablieferungspläne und Rationierung müsse im Interesse der Volksgesundheit vorgenommen werden. Die Eierversorgung sei mangelhaft. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Ueberweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Eierablieferung in engem Zusammenhang zu bringen ist, könne diese Verhältnisse bessern. In der Versorgung mit Fischen werde vor allem eine systematische Erschließung der Bestände an Süßwasserfischen unserer Binnengewässer vermehrt. Auch seien Maßregeln gegen den Auftrieb und die Verteuerung durch die Konservenfabriken notwendig. Die Zuckererzeugung müsse mehr dem Bedürfnis angepaßt werden; das Sparen mit Süßstoffen sei nicht mehr am Platze. Besonderes Gewicht sei zu legen auf die Herbeiführung einer vernünftigen Preisrelation. Kriegskonjunkturpreise, die auf der Notlage des Volkes sich aufbauen, seien nicht zu rechtfertigen. Es wird eine Preisrelation gefordert, die sich aufbaut auf tatsächliche Produktionskosten plus angemessenem Verdienst. Die Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung erblicke die Konsumenten in der unzureichenden Organisation vor allem des Kriegsernährungsamtes. Das Amt sei zwischen die durch die Bundesregierung repräsentierte Zivilverwaltung und die Heeresverwaltung gestellt und könne nur Regeln und Anordnungen aufstellen, auf deren Durchführung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Deshalb sei eine Organisation des Kriegsernährungsamts vonnöten, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt, dem die Heeresversorgung obliegt, bringe, und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entrückt, eine Organisation, die die weitreichenden Befugnisse der militärischen Behörden auch für die Sicherung des Lebensmittelbedarfes der Zivilbevölkerung nutzbar macht. — Dem Beirat des Kriegsernährungsamts müsse daneben ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden.

Die ausführlich begründete Eingabe schließt:

„Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen wären unabsehbar. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde, lässige Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.“

Das Kriegsernährungsamt und der Reichskanzler werden sich den vorgebrachten Wünschen und Beschwerden nicht verschließen können. Schon die Tatsache, daß sämtliche organisierten Arbeiter und Angestellten sich in den Fragen eintig sind, sollte die in Betracht kommenden Instanzen belehren, daß endlich andere Wege eingeschlagen werden müssen und man den Wünschen der minderbemittelten Konsumenten, die unter den Ernährungschwierigkeiten am meisten zu leiden haben, Rechnung tragen muß. Bei der Fortdauer der Ernährungschwierigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Eingabe der Gewerkschaften zur Lebensmittelversorgung hat ja inzwischen zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen im preussischen Abgeordnetenhaus geführt, wo der Landwirtschaftsminister die Eingabe als „Machwerk“ bezeichnete. Von dem Abg. Giesberts wurde erklärt, daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter von vornherein den die Person des preussischen Landwirtschaftsministers betreffenden Passus der Eingabe beanstanden hätten. Es wäre dringend zu wünschen, daß in Zukunft bei Vornahme derart wichtiger Handlungen, wie es die angeführte Eingabe gewiß darstellt, volle Übereinstimmung aller Beteiligten erzielt würde. Nur dadurch können solche unliebsamen Vorgänge, wie sie sich bei der Behandlung der Gewerkschaftseingabe im preussischen Abgeordnetenhaus ergeben haben, für die Folge vermieden werden. Im anderen Falle verlieren solche Eingaben ihre Durchschlagskraft, wenn in der Öffentlichkeit wichtige Bestandteile preisgegeben werden müssen. Die Eingabe würde auch nichts an Wert verloren haben, wenn die persönlichen Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister unterblieben wären und letzterer hätte sich dann nicht einen billigen Triumph verschaffen können. Persönliche Angriffe soll man entweder mit höchst festem Material belegen können oder im anderen Falle unterlassen.

Allgemeine Rundschau Spart Schmiermittel

Wartet überall auf größte Sparsamkeit im Delverbrauch! Nur dann können unserer Industrie die erforderlichen Schmiermittel in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt und unsere Truppen genügend mit Kriegsmaterial versorgt werden.

1. Verwendet nur dicke Dellamen, die einen Verschleiß bestehn und das Del in dünnem Strahl oder in Tropfenform austreten lassen!
 2. Benutzt die Schmierborrichtungen ordnungsgemäß und bringt das Del tatsächlich an die Stelle, die geschmiert werden soll! Bei Stillstand der Maschinen die Dichte aus den Dichtbüchern herausziehen! Tropfblei abstellen!
 3. Verwendet kein hochwertiges Zylinderöl für Transmissionen oder an Stellen, für die minderwertiges Del genügt!
 4. Haltet alle Schmieröl beanspruchenden Teile gut in Ordnung! Raue Gleitflächen und stark angezogene Lagerbedel erhöhen den Delverbrauch. Ausgelaufene Lager und undichte Stopfbüchsen lassen viel Del ungenützt austreten.
 5. Bringt überall, wo Del austritt, Tröpfchalen und Fangbleche an und verwendet das aufgefangene Del, nichtgenutzt, für die gleichen Zwecke wie frisches!
 6. Sammelt alle gebrauchten Pushtöpfe, damit das Del daraus zurückgewonnen wird! Gebrauchte Pushtöpfe dürfen auf keinen Falle verbrannt werden.
 7. Seid sparsam bei der Verwendung von Bohrölen zum Kühlen von Werkzeugen! Häufig ist gar kein Kühlen nötig. Für rohe Arbeiten genügt reines Wasser.
 8. Seid sparsam mit dem Verbrauch von Pus- und Reinigungsmitel! Wascht die Hände nicht mit Del. Abwischen mit einem gebrauchten Pushtappen genügt.
- (Auszug aus der auf Veranlassung der Kriegsschmieröl-Gesellschaft m. B. S. vom Technischen Ausschuss für Schmiermittelherstellung, Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 3, herausgegebenen „Anleitung zur sparsamen Verwendung von Schmiermitteln“. Der Ausschuss stellt auf Anfordern diese Anleitung kostenlos zur Verfügung und ist auch zur weiteren Beratung bereit.)

„Wirtschaftsfriedliche“ und Arbeitgeber.

Die Abhängigkeit der „Wirtschaftsfriedlichen“ Werkvereine von den Unternehmern kommt am offensichtlichsten im Finanzwesen zum Ausdruck. Es ist allbekannt und kürzlich durch ein an die Öffentlichkeit gelangtes vertrauliches Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erneut bestätigt worden, daß die Werkvereine von den Unternehmern finanziell ausgehalten werden. Dieses Abhängigkeitsverhältnis scheint manchen interessierten Kreisen aber immer noch nicht zu genügen oder zu wenig Garantien für die Zukunft zu bieten, denn neuerdings ist die Beräuhigung zwischen Unternehmern und Werkvereinen noch enger ausgestaltet worden. Auf einer gemeinsamen Tagung am 10. Februar 1917 in Essen, an der Vertreter der Unternehmer im Bergbau, der Metallindustrie, Textil-, Kleintextil- und Chemischen Industrie sowie der „Wirtschaftsfriedlichen“ Werkvereine teilnahmen, wurde ein aus Unternehmern und Werkvereinen zusammengesetzter Ausschuss eingesetzt, welcher dauernde Fühlungnahme und ständigen Gedanken austausch verbürgt. „Wohin sich die Front dieses Ausschusses richtet, ist aus dem Verhandlungsbericht („Der Werkverein“ Nr. 7, 1917) unzweifelhaft zu ersehen; sie richtet sich gegen die sogenannten „Kampf-gewerkschaften“ und die Regierung, die den Gewerkschaften angeblich zu weit entgegen komme. Die Teilnehmer der Essener Sitzung beschloßen, das Erachten

der Verhandlungen zu veröffentlichen. Die Öffentlichkeit müsse sehen, daß nach den vielen Nachschlägen, die die wirtschaftsfriedliche Bewegung aus Regierungskreisen und von anderer Seite erhalten habe, die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes fest hinter ihr stehe. — Das ist derjenigen, die die Zusammenhänge der deutschen Arbeiterbewegung nur halbwegs kennen, ohnehin niemals zweifelhaft gewesen. Neben der finanziellen Aushaltung der Werkvereine aus Unternehmermitteln ist die Errichtung des vorhin erwähnten gemeinschaftsfriedlichen Werkvereine tatsächlich nur Figurensamen Ausschusses ein erneuter Beweis dafür, daß die auf dem Schachbrett der großindustriellen Unternehmerorganisation sind. Denn daß in diesem Ausschuss auch Vertreter der Werkvereine sitzen, ist nur Dekoration, dazu bestimmt, um den Schein zu wahren und die Interessen führenden nicht kowischen zu machen. Wer kann es den selbständigen Arbeiterorganisationen nach alledem wohl verzeihen, daß sie es grundsätzlich ablehnen, Werkvereiner als Vertreter der Arbeiter anzuerkennen und dafür sorgen, daß sie aus dem maßgebenden Instanzen des vaterländischen Hilfsdienstes ferngehalten werden.

Auch eine „Liebesgabe“.

Dem im Duisburg erscheinenden „Echo vom Niederrhein“ (1917—58) entnehmen wir:

Durch die Tagespresse wurde vor einiger Zeit eine Notiz verbreitet, wonach die Gute Hoffnungshütte ihr Aktienkapital um zehn Millionen Mark vergrößern wolle. Jeder Leser denkt sich nun die Vergrößerung des Aktienkapitals in der Weise, daß neue Aktien herausgegeben und ein entsprechender Betrag dafür einzuzahlen sei. Daß es auch andere Methoden gibt, beweist der Fall „Gute-Hoffnungshütte“. Die Kölnische Zeitung brachte in der Abendausgabe vom Montag, den 5. März (Nr. 228) im Handstempel folgende kleine unscheinbare Notiz:

Gute Hoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen. Wie uns berichtet wird, soll die bereits angeforderte Erhöhung des Aktienkapitals um zehn Millionen M. in der Weise erfolgen, daß zu der Einzahlung auf die neuen Aktien zehn Millionen Mark der „Kilalage“ zufolge Beschlusses der Hauptversammlung vom 28. November 1915“ verbandt werden. Diese Kilalage war in dem letzten Abschluß der Gesellschaft mit zwei Millionen M. aufgeführt. Aus dem letzten Jahresergebnis waren ihr dann 8 100 000 Mark überwiesen worden. Sie würde also nach der geplanten Ausschüttung noch mit 100 000 Mark bestehen bleiben. Die sämtlichen mit der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung verbundenen Kosten und Stempel werden von der Gesellschaft getragen. Es handelt sich hier also um eine außerordentliche Zuzahlung, die den Aktionären gemacht werden soll. Die neuen Aktien sollen ab 1. Juli 1916 dividendenberechtigt sein. Auf je drei alte Aktien wird eine neue zum Nennwert entfallen.

Was aus dem letzten Jahresergebnis war trotz der hohen Dividende von 20 Prozent noch eine Extrazugabe an die Aktionäre möglich, die noch einer Dividende von 33 Prozent gleichkommt. Die Herren Aktionäre der Gute Hoffnungshütte hätten im abgelaufenen Geschäftsjahr 1915—16 also nicht 20, sondern 53 Prozent Dividende erhalten. Einen solchen hohen Prozentsatz als Dividende öffentlich zu erteilen, hat man jedenfalls mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit und die Arbeiter nicht gut befunden, darum ist der Umweg neuer Aktien gewählt. Dieses bedeutet aber auch gleichzeitig eine „Verwässerung“ des Aktienkapitals. Im nächsten Jahre erscheinen die zugewiesenen zehn Millionen c. als neues Aktienkapital, für die auch Dividenden herausgewirtschaftet werden müssen.

Wie steht es den hohen Gewinnen gegenüber mit den Löhnen der Arbeiter? Diese lassen noch viel nach sehr zu wünschen übrig, ja sie sind mit am schlechtesten unter den gleichartigen Werken. Kranenführer erzielen einen Lohn im Juni 1916 von 60—77 Pfg. pro Stunde, Maschinenisten von 65—77 Pfg., Schloffer von 65—68, Hilfschloffer 50 Pfg. pro Stunde, Wöhler 70 Pfg. Unter den genannten befinden sich Familienhäupter von 4, 5, 6, ja sogar von sieben Kindern. Daß auch Arbeiter beschäftigt sind, die höhere Löhne verdienen, soll nicht bestritten werden. Aber im allgemeinen muß gesagt werden, die Löhne stehen entsprechend der großen Feuerung zu dem enormen Reingehalt für die Aktionäre in keinem Verhältnis.

Die Gute Hoffnungshütte gehört auch zu den Werken, die sich einen sogenannten wirtschaftsfriedlichen Werkverein gekümmert haben. Sind das vielleicht die Folgen? Was sagen die Arbeiter dieser Werkvereine, wenn sie ölige Tatsachen mit einander in Vergleich stellen? Werkvereine scheinen sich gut bezahlt zu machen, und man versteht es, wenn die Vertreter der Großindustrie sich mit allen Kräften im Parlament für diese „wirtschaftsfriedlichen“ Vereine ins Zeug werfen.

Arbeiterversammlung bei Krupp.

Die Weltfirma Krupp in Essen gehört auch zu denjenigen Großbetrieben, die von der Einführung eines Arbeiterversammlung bis in die neueste Zeit hinein nichts wissen wollten. Erst durch die Einführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst sah sich auch die Firma Krupp in die Notwendigkeit vertrieben, für ihren riesigen Betrieb in Essen einen Arbeiterversammlung zu errichten. Die Wahl dieses Arbeiterversammlung hat nunmehr am 14. März stattgefunden und ein Ergebnis erzielt.

das nach mehr wie einer Richtung hin beachtenswert ist. Unser Christlicher Metallarbeiterverband, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Sächsisch-Dunkersche Werkverein und die Polnische Berufsvereinigung hatten für die Wahl eine gemeinsame Vorschlagsliste aufgestellt, außerdem hatte der „wirtschaftsfriedliche“ Arbeiterverein Wert Krupp eine Vorschlagsliste eingereicht. Vor der Wahl war von gewisser Seite an die vereinigten Gewerkschaften das Ansinnen gerichtet worden, eine gemeinsame Liste mit dem wirtschaftsfriedlichen Werkverein aufzustellen, was natürlich von den Gewerkschaften energig abgelehnt wurde. Der Ausgang der Wahl stellt nun eine vernichtende Niederlage der sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ dar, während die vereinigten Gewerkschaften einen vollen Erfolg buchen können.

Es wurden Stimmen abgegeben:
für die vereinigten Gewerkschaften 42 904
für die Werkvereinsliste 4 193
ungültig waren 153
insgesamt 47 250

Auf die Liste der Gewerkschaften entfallen 14 Ausschußmitglieder und zwar je 6 vom Christlichen und vom Deutschen Metallarbeiterverband und je 1 vom Sächsisch-Dunkerschen Werkverein und von der Polnischen Berufsvereinigung, während die „Wirtschaftsfriedlichen“ sich mit einem (ganzen) Ausschußmitglied begnügen müssen.

Noch jammervoller wird das Wahlergebnis für die „Wirtschaftsfriedlichen“, wenn man das Ergebnis der Kruppischen Betriebskrankenkassenwahl vom Februar 1914 zum Vergleich heranzieht, bei der die Voraussetzungen für die Wahlberechtigung genau die gleichen waren. Die Wahlergebnisse stellen sich dann wie folgt:

Es erhielten Stimmen:
1914 1917
die Listen der Gewerkschaften 21 733 42 904
die Liste des Werkvereins 5 320 4 193
ungültig waren 667 153
insgesamt 27 720 47 250

Die „Wirtschaftsfriedlichen“ haben also nicht nur von der gewaltigen Zunahme der Beschäftigten auf dem Kruppischen Werk in Essen keinerlei Zuwachs erhalten, sondern ihre Stimmenzahl hat sich im Gegenteil noch um über Tausend verringert. Dagegen sind auf die Liste der Gewerkschaften über 21 000 Stimmen mehr abgegeben worden wie im Jahre 1914. Ob nun wohl die Firma Krupp, die dem „Wirtschaftsfriedlichen“ Werkverein seit seinem Bestehen wohl rund eine Million Mark bar zugewendet hat, wie auch die übrige Großindustrie halb einsehen, daß ihre „Wirtschaftsfriedlichen“-Politik verlorene Liebesmüh ist? Jedenfalls beweist das vorliegende Wahlergebnis mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß auch die Rheinisch-Westfälische Großindustrie mit den selbständigen Arbeiterorganisationen rechnen muß.

Das Wahlergebnis beweist aber auch schlagend, was von dem Gesamtergebnis der „Wirtschaftsfriedlichen“ über die Durchführung der Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes zu halten ist. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter auch im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk weist nun mal jede Gemeinschaft mit den sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ energig ab. Aufgabe unserer Kollegen ist es nun, durch ununterbrochene Stärkung unseres Verbandes das erfreuliche Ergebnis der Kruppischen Arbeiterversammlung in der richtigen Art und Weise auszunutzen. Nur dadurch kann auf die Dauer die Position der Arbeiterschaft in Rheinland und Westfalen so gestärkt und gefestigt werden, daß daran alle arbeitereindlichen Strömungen zu scheitern werden. Es genügt auch für die Christlichen Metallarbeiter nicht, nur mal dann und wann den richtigen Stimmzettel abzugeben, sondern nur durch unermüdbare Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes können die Interessen der Metallarbeiter dauernd gefördert werden.

Kündigung und Abkehrschein.

Dem Schlichtungsausschuss (gemäß § 9 des Hilfsdienstgesetzes) in Hagen i. W. lag folgender Streitfall zur Entscheidung vor: Der Former W. kündigte am 12. Dezember 1916 bei dem Produzenten der Firma seine Arbeitsstelle. Dabei fragte er den Produzenten ausdrücklich, ob er befugt sei, die Kündigung entgegenzunehmen. Dieses bejahte der Produzent und erklärte sich mit der Kündigung einverstanden. Nach Ablauf der Kündigungszeit am 27. Dezember wurde dem Former jedoch der Abkehrschein verweigert. Der Arbeiter rief den Schlichtungsausschuss an, der die Ausstellung des Abkehrscheines ebenfalls verweigerte.

Durch diesen Fall ist die prinzipielle Frage aufgeworfen, ob ein Arbeitgeber, der die Kündigung eines Arbeiters entgegennimmt, nachher berechtigt ist, den Abkehrschein zu verweigern?

Zeichnet die sechste Kriegsanleihe.

Die Kriegsoffer für alle Völker abzukürzen, hat Kaiserliche Großmut angeregt. Nun die Friedenshand verschmäht ist, sei das deutsche Volk aufgerufen, den verbliebenen Feinden mit neuem Kraftbeweis zu offenbaren, daß deutsche Wirtschaftskraft, deutscher Opferwille unzerbrechlich sind und bleiben.

Deutschlands heldenhafte Söhne und Waffenbrüder halten unerschütterlich die Wacht. In ihrer Tapferkeit wird der frevelhafte Vernichtungswille unserer Feinde zerschellen. Deren Hoffen auf ein Müderwerden daheim aber muß jetzt durch die neue Kriegsanleihe vernichtet werden.

Fest und sicher ruhen unsere Kriegsanleihen auf dem ehernen Grunde des deutschen Volksworgens und Einkommens, auf der deutschen Wirtschaftskraft, dem deutschen Fleiß, dem Geist von Heer, Flotte und Heimat, nicht zuletzt auf der von unseren Truppen erkämpften Kriegslage.

Was das deutsche Volk bisher in kraftbewusster Darbietung der Kriegsgelder vollbrachte, war eine Großtat von weltgeschichtlich strahlender Höhe.

Und wieder wird einträchtig und weitefernd Stadt und Land, Arm und Reich, Groß und Klein Geld zu Geld und damit Kraft zu Kraft fügen — zum neuen wuchtigen Schlag.

Unbeschränkter Einsatz aller Waffen draußen aller Geldgewalt im Innern. Machtvoll und hoffnungstrotz der Entscheidung entgegen!

Zweck Klärung dieser Frage hat sich der Reichstagsabgeordnete Wehrens, als Vertreter der Christlichen Gewerkschaften unter Vorlegung des vorgezeichneten Einzelfalles an das Kriegsamt in Berlin gewandt mit dem Ersuchen, das Urteil des Hagenen Schlichtungsausschusses zu korrigieren und die aufgeworfene Streitfrage grundsätzlich zu klären. Auf die Eingabe ist inzwischen von der Rechtsabteilung beim Kriegsamt nachfolgende Antwort eingelaufen:

„Das Kriegsamt ist nicht in der Lage, Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse, die richterliche Behörden sind, im Verwaltungswege aufzuheben.“

Was die in dem Schreiben vom 6. Februar 1917 und dessen Anlagen erörterten Rechtsfragen betrifft, so ist auch die Rechtsabteilung der Ansicht, daß der Arbeitgeber, der die rechtzeitige Kündigung eines Arbeitnehmers entweder selbst oder durch einen legitimierten Vertreter (Prokuristen) ausdrücklich und vorbehaltlos „annimmt“, damit zum Ausdruck bringt, daß er auch mit dem Ausscheiden des Arbeitnehmers nach Ablauf der Kündigungsfrist einverstanden ist. An diese Zustimmung bleibt er gebunden, so daß er dem Arbeitnehmer den Abkehrschein beim Abgange nicht mehr verweigern darf. Tut er dies dennoch, so wird der vom Arbeitnehmer angerufene Schlichtungsausschuss ohne weiteres auf Grund der Zustimmung des Arbeitgebers erteilen müssen, ohne daß er in der Lage ist, nachzuprüfen, ob ein „wichtiger Grund“ für das Ausscheiden vorliegt.

Die Rechtsabteilung beabsichtigt, diese Rechtsauffassung in einer der nächsten Nummern der Kriegsamtzeitung zu veröffentlichen.

Die Arbeiter, sowie die Vertreter in den Schlichtungsausschüssen mögen sich diese Darlegung genau einprägen und gegebenenfalls Gebrauch davon machen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. März der 13. Monatsbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. März fällig.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse im Monat Februar.

Dier	253.82 Mk.	Furtwangen	164.87 Mk.
Bonn	62.93	Altötting	14.90
Wiesbaden	51.62	Dülmen	110.97
Fulda	82.58	Mühlhausen i. Th.	11.27
Offenbach	581.25	Mergen	7.50
Mühlhausen i. C.	24.52	Freiburg	87.47
Essen	7900.—	Flensburg	250.—
Meh	54.10	Danzig	350.—
Saarbrücken	1703.75	Sonshofen	29.10
Chemnitz	110.48	Mugsburg	542.91
Antonienhütte	17.85	Oberelsaß	132.09
Stelefeld	150.—	M. Glabbach	958.25
Haboltzell	24.85	Hilfenleben	24.80
Hagen	631.97	Düsseldorf	2500.—
Wochum	992.85	Dortmund	1000.—
Ulm	278.29	Hamm	1000.—
Schwelmfurt	575.98	Reheim	1282.10
Friedrichshaven	177.16	Hagen	1000.—
Münster	2111.90	Kiel	120.—
Kaiferslautern	60.41	Menden	328.75
Stolberg	785.71	Dipe	200.—
Duisburg	8208.31	Werdohl	500.—
Leipzig	12.60	Chilingen	76.02
Ingolstadt	30.—	Lebach	25.80
Mannheim	280.99	Obernorf	85.12
Offenbach	100.—	Karlsruhe	188.65
Frankfurt	901.51	Rosbach	15.30
Hanau	28.34	Hamburg	127.17
Berlin	283.81	Stelefeld	100.—
Essen	2818.09	Dinklage	100.—
Wilhelmshaven	240.25		

Aus dem Verbandsgebiet

Mühlheim-Oberhausen. Am Sonntag, den 25. Februar fand in Oberhausen unsere sehr zahlreich besuchte Jahresgeneralversammlung statt. Eingangs wurde der gefallenen und verstorbenen Mitglieder ehrend gedacht. Dann gab der Kollege Burgard den Kassen- und Jahresbericht, dem folgendes entnommen sei: Die Einnahmen für die Hauptkasse erreichten im Jahre 1916 die Höhe von 18 133,75 Mark gegen 8951,15 Mark im Jahre vorher. Die Einnahmen sind um 9182,60 Mark gestiegen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß unser Verband im vergangenen Jahre sehr erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Ausgaben betragen für die Hauptkasse 3206,51 Mark. Der Bestand der Kasse stieg um 351,32 Mark. Die Beitragsleistung ist von Quartal zu Quartal gestiegen und erreichte im letzten Vierteljahr 12,7 pro Mitglied. Wenn die Beitragsleistung in den ersten Quartalen zu wünschen übrig ließ, so war das zum Teil Schuld der unpünktlichen Beitragszahler. Auch wurde von einigen Zahlstellen nicht genügend Wert auf

öffentliche Wrechnungen gelegt. Hoffentlich braucht nach dieser Richtung hin in Zukunft kein Tadel mehr ausgesprochen zu werden.

Der Referent kam dann auf die agitatorischen Arbeiten und Erfolge zu sprechen. Insgesamt wurden 1874 Aufnahmen gemacht. Nach Jahrestellen verhalten sich dieselben wie folgt: Sterrtrabe 952, Oberhausen 188, Wilhelm-Stadt 111, Wilhelm-Strum 128, Schmachtenhof 88, Dinslaken 3, Frintrop 4 und Holten 1.

Sehr erfreulich war, daß die Zahl der agitatorisch tätigen Mitglieder sich gegen das Vorjahr verdreifacht hat. Es haben Aufnahmen gebracht:

Ein Mitglied brachte es allein auf über 100 Aufnahmen und zwar zum größten Teil durch Hausagitation. Auch diejenigen, welche 30 und mehr Aufnahmen brachten, verdienen höchste Anerkennung. Insgesamt beteiligten sich 110 Mitglieder mit Erfolg an der Agitation. Zu bedauern war nur, daß nur 21 Mitglieder die Mindestleistung von einer Aufnahme im Jahr erfüllten. Der Vortragende forderte die bisher nicht agitatorisch tätig gewesen Mitglieder dringend auf, aus der Reserve heraus zu treten und ebenfalls mitzuarbeiten.

Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Aussprache gaben mehrere Mitglieder ihrer Freude über das schöne Ergebnis des vergangenen Jahres Ausdruck. Auch in diesem Jahre soll man uns nicht müßig sehen.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder und der Wahl des Kollegen Henksmeier zum ersten Vorsitzenden. Außerdem gelangten folgende Beschlüsse zur einstimmigen Annahme:

1. Am 18. und 25. März findet in allen Jahrestellen Hausagitation statt. Die Vorbereitungen sind sofort in Angriff zu nehmen. Jedes Mitglied ist verpflichtet mitzuhelfen.
2. In der Zeit vom 25. bis 28. März findet Nachkontrolle statt. Sämtliche Mitgliedsbücher sind durch die Vertrauensleute zu sammeln. Dieselben gehen noch nähere Anweisungen zu. Jedes Mitglied ist selbst dafür verantwortlich, daß die Kontrolle vorgenommen wird. Mitglieder, die ihr Buch nicht kontrollieren lassen, haben ab 1. April keine Anrechte auf die Leistungen des Verbandes mehr.

Der zweite Teil der Versammlung war öffentlich und gestaltete sich zu einer Massenkundgebung. Zunächst sprach Kollege Henksmeier über die Ernährungsschwierigkeiten und Wohnverhältnisse der Metallarbeiter in Oberhausen und Umgebung. Folgendes sei hier festgehalten. Ausgehend von der jetzigen Kriegslage, wurde hervorgehoben, daß das deutsche Volk jetzt alle Kräfte zusammenrassen muß, um den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Mit der längeren Kriegsdauer gewinnt die Arbeit in der Heimat und in besonderen in der Metallindustrie steigende Bedeutung. Nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch aus nationalen Gründen muß dafür gesorgt werden, daß, soweit die Möglichkeit gegeben ist, für eine ausreichende Ernährung der arbeitenden Bevölkerung gesorgt wird. Abgesehen von den Klagen über ungerechte Verteilung, müsse einmal in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die in Oberhausen üblichen Löhne den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen in keiner Weise entsprechen. In verschiedenen Abteilungen der Gutehoffnungshütte bestehen heute noch Lohnsätze von 80-70 Pfg. pro Stunde. Bei derartig niedrigen Löhnen gestaltet sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter derart ungünstig, daß die Leistungsfähigkeit und Gesundheit dieser Leute schwer bedroht ist. Eine weitere Steigerung der Einschränkungen und Entbehrungen in solchen Arbeiterfamilien ist kaum denkbar und unmöglich. Nun ist aber vorausgesetzt damit zu rechnen, daß die Preise für Lebensmittel noch weiter steigen werden. Die Löhne der Metallarbeiter in Oberhausen bedürfen dringend der Verbesserung. Auch die kleineren Betriebe zahlen zu niedrigen Löhnen. Für einen sehr großen Teil der Arbeiter sind die Löhne während der ganzen Kriegszeit nur bis höchstens 1 Mark pro Schicht gestiegen. Aus verschiedenen Abteilungen der Werke wurde der Betriebsleitung berichtet, daß keine Lohnaufbesserungen stattgefunden haben, oder gar weniger wie in Friedenszeiten verdient wird. Die notwendigen Ausgaben für Lebensbedarf hingegen sind um das Doppelte und mehr gestiegen. Kleingekriegten sind auch die Gewinne der Unternehmer. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Werke in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen. In Sterrtrabe, wo die Arbeiter in großer Zahl dem christlichen Metallarbeiterverbande angehören, sind die Löhne zum Teil aufgebessert worden, aber auch dort sind die Löhne eines Teiles der Arbeiter noch sehr niedrig. In sehr vielen Klagen geben die Verhältnisse bei der Hütte in Mühlheim Anlaß. Dort sind in letzter Zeit sogar Lohnreduzierungen vorgenommen worden. Referent kam dann auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für die Arbeiter zu sprechen. In mehreren Betrieben konnten im Verlaufe des vergangenen Jahres Lohnaufbesserungen von 10 und 15 Prozent erzielt werden. In Nachhambrecht Duisburg brachten zehn Lohnbewegungen eine Aufbesserung der Löhne von 1 bis 1,50 Mark pro Schicht. Im ganzen wurden dort 37 Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Da unsere Organisation in Oberhausen in diesem Jahre bereits wieder gute Fortschritte gemacht hat, wurden auch einige Lohnbewegungen eingeleitet. Leider ist zu beklagen, daß einzelne Betriebsleiter noch immer den „Herrn-im-Haus-Standpunkt“ herauskehren und von Verhandlungen und Verständigungen nichts wissen wollen. Man sollte hoch an den zuständigen Stellen endlich zu der Einsicht kommen, daß eine derartige Praxis überlebt und unhaltbar geworden ist. Andererseits liegt es doch im beiderseitigen Interesse, wenn bei Differenzen der Weg der Verständigung beschritten wird. Zum Schluß ging der Redner auf die Gründe ein, die von vielen unorganisierten Arbeitern als Entschuldigung für ihre indifferente Haltung vorgebracht werden. Wohl allgemein finden die Bestrebungen der Organisation bei den Arbeitern Anerkennung, doch mangelnde Opferfreudigkeit und sonstige heimliche Gründe halten viele als Mitglied zu werden. Die Folge davon war, daß die Organisation bisher nicht über die notwendige Stärke verfügte, um allen berechtigten Wünschen

der Arbeiter Beachtung zu verschaffen. Das müsse für die Zukunft anders werden und jeder Arbeiter müsse sich organisieren. Die Einigkeit und Fleißhaftigkeit der organisierten Arbeiter führt zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Dringend gewarnt werden müsse hingegen gegen gewisse Erdmungen und Einflüsterungen, welche zu schenken und sich zu unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen. Unbesonnene Arbeitsentstellungen usw. sind aus vaterländischen Gründen entschieden zu verurteilen und können auch unerwünschte Folgen für die Arbeiter haben. Darum Ruhe bewahren und auf gewerkschaftlicher Grundlage arbeiten. Der Vortrag wurde mit allseitiger Zustimmung und lebhaftem Beifall aufgenommen.

Kollege Burgard wies ergänzend noch auf die Bedeutung der Arbeiter als Steuerzahler hin. Das Einkommen der Arbeiter kann am sichersten erfasst werden und Steuerabwälzungen kann der Arbeiter nicht vornehmen. Wie es andere Kreise vielfach machen, habe die Kriegsgewinnsteuer gezeigt, wo man stellenweise dazu übergegangen und die Preise entsprechend erhöhte. Auch der Staat ist an einer ausreichenden und guten Entlohnung der Arbeiter interessiert. Scharf sei sowohl, wie aus der Mitte der Versammlung heraus, wurden die Anwesenden dringend aufgefordert, für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen. Mit Worten des Dankes für das allseitige rege Interesse schloß der Vortragende die insofern verkaufte Versammlung. Nach Schluß wurde festgestellt, daß circa 150 Versammlungsteilnehmer ihren Beitritt erklärt hatten, damit ist die Zahl von 600 Aufnahmen in diesem Jahre bereits überschritten.

Hagen i. W. (Jahresbericht.) Die in unserem Bezirke vorherrschende Kleinmetallindustrie hat die Umstellung ihrer Produktionsweise auf die Kriegswirtschaft im Jahre 1916 weiter durchgeführt. Ebenso auch die durch einige Werte vertretene Schwermetallindustrie. Herrsche schon in Friedenszeit starker Mangel an Qualitätsarbeitern, so gegenwärtig in viel stärkerem Maße. Ueberhaupt war die Nachfrage nach Arbeitskräften eine äußerst rege. Um die vorhandenen Aufträge zu erledigen, mußte Tag und Nacht gearbeitet werden. Inwieweit die Unternehmergewinne gestiegen sind, wollen wir kurz darlegen: Die Akkumulatoren-Fabrik Hagen-Berlin verteilte 20 Prozent Dividende, das Hager Eisen- und Stahlwerk 16 Prozent, Gußstahlwerk Wittmann-Höhe 30 Prozent, Krefeld-Weißberg 20 Prozent und 5 Prozent aus einem vorgetragenen Gehalt, die Deutsche Maschinenfabrik A.-G. Duisburg-Wetter, verteilte 10 Prozent. Kurzum, überall war die Produktion für die Arbeitgeber recht lohnend. Leider können die Metallarbeiter das nicht in gleicher Weise fest behaupten. Zwar hört man auch in unserem Bezirke oft das Schlagwort von den „hohen Löhnen“ der Arbeiter. Doch in Wirklichkeit ist es damit nicht so weit her. Tatsache ist, daß entsprechend den erstellten Mehrverdiensten auch viel intensiver gearbeitet werden mußte. Vergleichen wir die Durchschnittsverdienste der hiesigen Metallarbeiter mit denen anderer Bezirke, wie Köln, Essen, Düsseldorf usw., so ergibt sich eine nicht geringe Spannung, während die Anforderung an die Lebenshaltung hier gleichartig gelagert ist. Diesen Umstände mußten die Organisationen Rechnung tragen und haben denn auch im Laufe der Kriegszeit alles getan um eine Erhöhung der Arbeitslöhne herbeizuführen. Im Jahre 1916 wurde sowohl an die Arbeitgeberorganisationen wie an die Arbeitgeber selbst eine Eingabe gerichtet, in welcher die berechtigten Wünsche der Arbeiter dargelegt wurden. In gleicher Weise wurde auch im Jahre 1916 gearbeitet. Es darf festgesetzt werden, daß unsere Anregungen zum Teil von Erfolg waren. Eine ganze Reihe von Firmen kam zur Einführung von Kriegs- und Feuerungszulagen. So u. a. die Akkumulatoren-Fabrik Eiden u. Co., Funke u. Huet, Putsch u. Schulte usw. Den Wünschen der Arbeiter auf Erhöhung der Urlaubslöhne verhalten sich die Firmen zumeist ablehnend gegenüber. Es wird da an den Arbeitern selbst liegen, Wandel zu schaffen. Die Erfahrung, welche wir in anderen Bezirken machen, machen wir auch hier: Je weniger sich die Arbeiter um ihre Berufsinteressen kümmern, um so weniger werden auch ihre Forderungen anerkannt. Wie viel hätte für die Arbeiter mehr gesehen können, wenn es nicht so viele „Schlaumeier“ gäbe, die es auch heute noch nicht für notwendig erachten, dem Verbands beizutreten. Wir wollen an dieser Stelle nur die Drahtzieher herausgreifen. Ueber ungenügende Akkordpreise und dergleichen Klagen diese seit Jahr und Tag. In Wirklichkeit werden auch anderwärts weit höhere Preise gezahlt wie in Hagen. Doch das Streben nach gesunden Verhältnissen wird immer gehemmt durch einen Teil Indifferenter. Die Metallarbeiter kommen daran nicht vorbei: In Zukunft muß energischer die Auffklärungsarbeit betrieben werden. Wer ein Mitbestimmungsrecht will, volle Anerkennung seiner Leistungen und entsprechende Entlohnung, der gehört auch in die Berufsorganisation. Bemerkenswert ist noch, daß der Verband im Jahre 1916 nicht nur für Lohnreduzierungen eintreten mußte, sondern auch tätig sein mußte, um angekündigte Lohnreduzierungen abzuwehren. So u. a. auf der Kupfergrube „Hindenburg“ Hagen. Der Abzug unterblieb.

In der Frage der Lebensmittelversorgung war der Verband ebenfalls tätig und unterstützte die Bestrebungen des Konsumenten-Ausschusses, dem wir angeschlossen sind. In mehreren Eingaben — an Landrat, Bürgermeister usw. — wurde auf Mängel hingewiesen, die sich bei der Zulassung von Zulagen für Schwerstarbeiter ergeben hatten.

Das Versammlungswesen ließ im Allgemeinen viel zu wünschen übrig. Es muß leider gesagt werden: Eine ganze Reihe von Mitgliedern bleiben ständig den Versammlungen fern. Grundlag muß sein und bleiben, jede Mitgliederversammlung, Fabrikbesprechung, muß von den Kollegen besucht werden. Erklärlicherweise hat infolge der ungenügenden Versammlungstätigkeit auch die Werbearbeit keinen zufriedenstellenden Erfolg. Zwar ist das Ergebnis ein günstigeres, wie im Vorjahre, doch dürften wir nicht verbergen, daß die Situation 1916 eine weit bessere war. Es wurden gewonnen im Jahre 1916 insgesamt 281 Mitglieder, denen steht ein Abgang von 211 gegenüber, einmal von 79 Kollegen, die zum Heeresdienst einberufen wurden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß in sämtlichen Gruppen eine ernste Selbsterforschung angelegt wird darüber, was bisher vernachlässigt worden ist und was nun

zu geschehen hat. Daß etwas zu erreichen ist, wenn die Kollegen nur ernstlich wollen, beweisen die schönen Erfolge der Ortsgruppen Altenhagen und Voelkerheide. Diese beiden Gruppen haben fast die Hälfte sämtlicher Neuaufnahmen gemacht und zwar infolge einer systematisch durchgeführten Hausagitation. Ein Teil der Gruppen hat in der Agitation fast gar nichts getan. Mit lebendigen Entschuldigungen versucht die Kollegenchaft das unbefriedigende Ergebnis zu erklären. Das darf nicht so weiter gehen. Wandel muß eintreten; dafür sind die Kollegen insgesamt verantwortlich. Ein Teil der Mitglieder scheint eben der Aufschauung zu huldigen, nur die Vertrauensmänner seien dazu da, um die Indifferenteren für den Verband zu gewinnen. Nein, diese Pflicht hat jeder Kollege und wer sich ihr entzieht, handelt nicht so, wie es von einem standesbewußten Arbeiter verlangt werden kann.

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 13 492,95 M., denen 8227,93 M. Ausgaben an Unterstützungen, Sterbegeld usw. gegenüber stehen. Erfreulicherweise hat sich der Marktverkauf in den letzten Quartalen wieder erheblich gebessert und das Gesamtergebnis wurde günstiger geworden, wenn nicht wieder einzelne Kollegen die Abrechnung zu spät der Geschäftsstelle abgeliefert hätten.

Der Solalkasse steht bei einer Gesamteinnahme von 3433,20 M., eine Ausgabe von 3499,03 M. gegenüber, so daß ein Defizit von 65,83 M. verbleibt. Es ist unsere Aufgabe, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie auch hier eine Gesundung herbeigeführt werden kann. Das Ergebnis des Jahres 1916 zusammengefaßt, bleibt: Es hätte besser sein können und besser sein müssen. Daß es nicht so war, ist unsere eigene Schuld. Wir müssen uns endlich wieder mehr auf unsere Pflichten als organisierte Arbeiter besinnen. Erinnern wir uns der gewaltigen Kämpfe, die im märkischen Industriegebiet für die Arbeiter ausgetragen werden mußten. Gerade hier haben die Metallarbeiter erkennen müssen, wie ungenügend notwendig der Anschluß an die Organisation ist. Erkennen unsere örtlich-organisierten Arbeiter die Notwendigkeit der Zeit, um sie alles, um die abwärts sehenden Berufs-kollegen zu gewinnen, so sind wir dessen gewiß, daß es wieder vorwärts geht. Darum: Vorwärts zur neuen Arbeit für unsere Organisation!

Hamburg. Unsere diesjährige Jahresversammlung war trotz der grimmigen Kälte sehr gut besucht. Der Geschäftsführer, Kollege Lambert begrüßte die Erschienenen und gedachte in üblicher Weise der im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder. Aus dem Jahresbericht und Kassenericht geht hervor, daß sich die Durchschnittsbeitragsleistung gegenüber dem Vorjahre erheblich gebessert hat. Wurden 1916 nur 41,4 Beträge pro Jahr und Mitglied geleistet, so im Berichtsjahre 50,2. Auch das Solalvermögen wies eine Steigerung auf. Nur der Verkauf von Kriegsfondsmarken ließ zu wünschen übrig. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wohl etwas günstiger wie im Vorjahre, jedoch steht der Erfolg in gar keinem Verhältnis zu den vorhandenen Agitationsmöglichkeiten. Das Versammlungswesen mußte eine gewisse Einschränkung erfahren, da die militärischen Verordnungen gewisse Schwierigkeiten mit sich brachten. 7 Mitgliederbesprechungen und 4 Vertrauensmännerbesprechungen fanden statt, zu denen unser Zentralvorsitzender, Kollege Wieber zweimal und unser Bezirksleiter, Kollege Dohler, sechsmal erschien. In der Hausagitation ist so viel wie nichts geschehen. Nur ein paar Kollegen sind es, die sich ernstlich um die Werbung neuer Mitglieder bemühen. Als unser Bezirksleiter an einem Sonntag hier selbst von Haus zu Haus wanderte, um Unorganisierte aufzusuchen, war Kollege Lambert der einzige, der mit ihm ging. Wenn trotzdem an diesem Tage 4 Kollegen gewonnen werden konnten, so beweist das, daß in Hamburg durch Kleinarbeit noch erfolgreich gearbeitet werden kann, wenn — ja wenn nur alle Kollegen sich dieser Pflicht bewußt wären und agitieren wollten. An Anregungen hierzu hat es wirklich nicht gefehlt. Gutes Beispiel, Adressenlisten, Agitationsbriefe und Flugblätter waren die Mittel, die uns die Bezirksleitung zur Verfügung stellte, aber benützt wurden sie viel zu wenig.

Kollege Dohler Bremen, verbrietete sich, nachdem er den Bericht des Vorsitzenden ergänzt hatte, über das Hilfsdienstgesetz. Er stellte unter anderem fest, daß die freien Gewerkschaften in Hamburg unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung keinen Vertreter zu den Schlichtungsausschüssen nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes überließen. Diese Tatsache ist für uns ein Fingerzeig, daß wir alles daran setzen müssen, besonders unseren christlichen Metallarbeiterverband am Orte so zu stärken, daß man uns nicht mehr übergehen kann. — Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen Mitarbeitern und erinnert daran, daß Neuwahlen sich erkräftigen, da alle amtierenden Kollegen sich im vorigen Jahre verpflichteten, während des Krieges im Amte auszuharren. Nicht so. Und nun in diesem Jahre aufs Ganze. Wir müssen vorwärts kommen und können es auch, wenn wir nur wollen.

Kollegen Hamburg! Sammelt Adressen, agitiert ohne Unterlaß. Das Jahr 1917 soll uns nicht nur den Frieden bringen, sondern auch eine nach innen und außen gestärkte Ortsgruppe.

Wohlan, es gilt!

Versammlungs-Kalender

- Samstag, den 25. März 1917:**
- Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Sterrtrabe in allen Jahrestellen Hausagitation.
 - Gelsenkirchen-Neustadt. Vorm. 11 Uhr bei Stingenauer.
 - Gelsenkirchen-Schalle. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
 - Gamm-Westhausen. Vorm. 11 Uhr im Solale Helm sehr wichtige Mitgliederversammlung.
 - Oberhausen. Nachm. 4.30 Uhr bei Hartgenbusch.
 - Ahoyd. Nachm. 6 Uhr Versammlung bei Wirt Jussen, Obentischenerstraße, mit Vortrag des Bezirksleiters Schmitz-Köln. Auch die Damen der Kollegen sind freundlich eingeladen.
- Sonntag, den 1. April 1917:**
- Hamborn-Markloh. Nachm. 2.30 Uhr im bekannten Solal.
 - Duisburg-Rauheimerort. Vorm. 11 Uhr bei Casslepe, Fischerstraße, Referent: Kollege Meht.
 - Duisburg-Hochfeld. Abends 7 Uhr bei Dultmann, Eigenstr. Holten und Vekang. Vorm. 11 Uhr bei Doll, Flugschloßgen in Holten, Metallarbeiterversammlung.